

INHALT

1. SPD, Grüne und SSW nehmen ausgestreckte Hand der CDU in der Verkehrspolitik nicht an
2. CDU legt in Sachen Lehrkräfteausbildung nach
3. Planungen für eigenes Bergbauamt eingestampft
4. Natur- und Umwelterziehung für Kinder und Jugendliche

11.04.2014

SPD, Grüne und SSW nehmen ausgestreckte Hand der CDU in der Verkehrspolitik nicht an Generaldebatte über Verkehrskonzept für Schleswig-Holstein



Verkehrsexperte Hans-Jörn Arp, MdL

In einer knapp dreistündigen Debatte über die Verkehrspolitik gab es heute viele Gemeinsamkeiten. Mehrere Redner lobten nach den deutlichen Misstönen der letzten Tage die große Sachlichkeit. Insgesamt wurden sieben Anträge beraten – vom CDU-Antrag für ein sofortiges Umsteuern beim Verkehrskonzept, über ein Ersatzbauwerk für die Rader Hochbrücke bis hin zum Koalitionsantrag „A 20 sorgfältig planen“.

Für die CDU-Landtagsfraktion wiederholte Hauptredner Hans-Jörn Arp das Angebot des CDU-Landesvorsitzenden Reimer Böge für eine gemeinsame verkehrspolitische Strategie im Norden. „Es darf nicht sein, dass diese Koalition die Zukunft unserer Verkehrsinfrastruktur auf dem Altar der Ideologie opfert“, sagte Arp mit Blick auf die Grünen.

Gerade heute sei in der Zeitung zu lesen, dass die ersten Spediteure abwandern, es gebe zunehmend Bürgerinitiativen, die für Infrastrukturprojekte eintreten. Spätestens diese Signale müsse die Regierung ernst nehmen. Wir brauchen in Schleswig-Holstein eine Bündelung aller

Kräfte. Die Missstände in der Verkehrsinfrastruktur müssen jetzt über alle Parteigrenzen und Wahlperioden hinweg klar benannt und abgestellt werden“, so Arp.

Verkehrsminister Reinhard Meyer bedankte sich für das Angebot. Als es dann allerdings um die Abstimmung über den CDU-Antrag ging, waren die Regierungsfractionen nicht einmal bereit, diesen zur Beratung in den Ausschuss zu überweisen. SPD, Grüne und SSW lehnten ihn rundheraus ab.

Zum CDU-Antrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1700/drucksache-18-1751.pdf>

CDU legt in Sachen Lehrkräfteausbildung nach Fraktion bittet Landesrechnungshof um Prüfung von Wendes Kostenplanung

Die CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag hat heute (11. April 2014) den Landesrechnungshof gebeten, die von Wissenschaftsministerin Professor Wende veranschlagten Kosten für den geplanten Ausbau der Flensburger Universität zu überprüfen:

„Die dem Ausschuss vorgelegten Angaben der Ministerin sind nicht nachvollziehbar. Im Lichte der von der Universität Kiel vorgelegten Zahlen wirken sie auch absolut unrealistisch“, erklärte CDU-Hochschulexperte Daniel Günther in Kiel.

Die von der Ministerin genannten Summen würden nicht im Ansatz ausreichen, um die notwendigen zusätzlichen Einrichtungen an der Flensburger Universität zu schaffen und zu unterhalten, zeigte sich Günther überzeugt. Mit dem Landesrechnungshof stünde eine neutrale Instanz bereit, um Wendes Zahlen zu überprüfen. Aus diesem Grund habe er diese nun per Brief um eine Stellungnahme gebeten.



Bildungspolitiker Daniel Günther, MdB

Planungen für eigenes Bergbauamt eingestampft CDU setzt sich mit Antrag im Landtag durch

Ein eigenes Bergbauamt wollten nach Umweltminister Dr. Robert Habeck zuletzt die PIRATEN-Fraktion in Schleswig-Holstein einrichten, um Fracking zu verhindern. Dagegen war

die CDU-Fraktion Sturm gelaufen und hatte in der Januarsitzung des Landtages die sofortige Einstellung der Pläne gefordert. „Schleswig-Holstein braucht ein eigenes Bergbauamt so dringend, wie Bayern Seenotrettungskreuzer“, hatte Heiner Rickers die Planungen des Umweltministers damals kommentiert.

Nun hat sich die CDU auch im Landtag durchgesetzt: Es bleibt alles beim Alten. Es wird kein eigenes Landesbergbauamt in Schleswig-Holstein geben; das niedersächsische Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie behält seine Zuständigkeit für Schleswig-Holstein.

Auch die Landesregierung war zuvor in einem Bericht zu dem Ergebnis gekommen, dass „die jährlichen Mehrkosten eines eigenen Landesbergbauamtes in Schleswig-Holstein [...] in keinem Verhältnis zum potenziellen Mehrwert stehen.“ (Bericht der Landesregierung, Link siehe unten). Zudem könne auch ein eigenes Landesbergbauamt das für den Bereich Fracking geltende Bundesrecht nicht außer Kraft setzen.

Antrag der CDU:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1400/drucksache-18-1457.pdf>

Bericht der Landesregierung:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1600/drucksache-18-1629.pdf>

Natur- und Umwelterziehung für Kinder und Jugendliche CDU-Fraktion fordert Erhalt der Kreisfachberater

Wenn es nach dem Willen der Landesregierung geht, dann wird es ab dem neuen Schuljahr keine Kreisfachberater mehr geben, die speziell Kinder und Jugendliche für Natur und Umwelt sensibilisieren, ihnen ökologische Kompetenzen vermitteln und Schulen in diesem Bereich beraten. Damit stehen auch die Jugendwaldspiele vor dem Aus, die die Kreisfachberater regelmäßig für Schülerinnen und Schüler im Land organisieren.

Die CDU-Fraktion hatte daher heute einen Antrag in den Landtag eingebracht und die Landesregierung aufgefordert, von den Kürzungsplänen Abstand zu nehmen.

„Damit Schleswig-Holstein weiterhin Vorreiter der Energiewende bleibt, bitte ich Sie Frau Ministerin Wende, wenden Sie sich nicht von dem eingeschlagenen Weg ab. Und viel wichtiger: Ersticken Sie die erfolgreiche Arbeit der Kreisfachberaterinnen und Fachberater nicht im Keime“, forderte die CDU-Politikerin Barbara Ostmeier während der Landtagsitzung.

Die Fachberater leisteten einen wichtigen Beitrag für die Umwelterziehung der Schülerinnen und Schüler, so Ostmeier.

Der CDU-Antrag wurde in den zuständigen Ausschuss überwiesen.

CDU-Antrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1700/drucksache-18-1734.pdf>

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de